

Was darf Europa wollen?

Die EU und ihre Nordafrikapolitik am Beispiel von Tunesien und Ägypten

von Nele Feldmann

Obschon die langfristigen Entwicklungen noch abzuwarten bleiben, sind sich Politik und Wissenschaft darin einig, dass die vom Volk getragenen Revolten in Ägypten und Tunesien eine historische Zäsur markieren. Der Sieg der tunesischen „Jasminrevolution“ und der erfolgreiche Aufstand gegen Hosni Mubarak hat das Selbstverständnis der arabischen Völker geändert. Gleichzeitig haben diese Ereignisse den Europäern ihre Versäumnisse vor Augen geführt und machen es somit notwendig, die Europäische Partnerschaft zu den beiden Ländern auf gesellschaftlicher und sozioökonomischer Ebene neu zu definieren. Aber wonach wird sich die europäische Außenpolitik in Zukunft richten? Nach den eigenen Interessen oder den arabischen Bedürfnisse? Und stehen diese beiden Faktoren überhaupt in Widerspruch zueinander? Um diese Themen ging es vom 28. bis 30. September 2011 bei einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum unter der Leitung von Herrn Dr. Marcus Schaper und in Kooperation mit der EMA.

Europäische Interessen und arabische Bedürfnisse

Seit den Anschlägen auf das World Trade Center im Jahr 2001 orientierte sich die europäische Nordafrikapolitik in erster Linie an den Sicherheitsinteressen ihrer Mitgliedsländer. Die Angst vor einem aufkeimenden fundamentalen Islamismus in den arabischen Staaten führte zu



EMA-Kooperationspartner und Leiter der Tagung Dr. Marcus Schaper © Laib-Feldsmann

weitreichenden Zugeständnissen an die autoritären Regime.

Auch nach den Volksaufständen in Tunesien und Ägypten befürchten einige politische Beobachter eine Stärkung islamistischer Gruppierungen und Parteien in den betroffenen Ländern. Dr. Thomas Demmelhuber, Politikwissenschaftler an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, kritisiert die Angst Europas vor einer „Islamisierung“ Nordafrikas und weist auf die säkulären Eigenschaften der Bewegungen hin. Die Revolutionen wurden in erster Linie von einer um ihre Zukunft betrogenen Jugend getragen,

die es verstand sich mit Hilfe sozialer Netzwerke zu organisieren, um gegen ihre verkrusteten und korrupten Regierungen mobil zu machen. Als direkter Nachbar Nordafrikas und als wichtigster Handelspartner beider Länder, hat Europa naturgemäß ein Interesse an der Entstehung wirtschaftlich und politisch stabiler Systeme und dieses Interesse deckt sich mit den Bedürfnissen Tunesiens und Ägyptens.

Glaubwürdigkeit zurückgewinnen

Durch die Kooperation mit dem tunesischen Präsidenten Zine El Abidine Ben

Schwerpunkt: Logistik und Kommunikation

AL-RABIAH
ORIENTALISCHES FRÜHLINGSKONZERT DES ORCHESTERS „ENSEMBLE DE MUSIQUE MÉDITERRANÉENNE“
AUS TUNIS UND DER DEUTSCHEN AKADEMISCHEN PHILHARMONIE AUS HAMBURG

14. April 2012 // Fliegende Bauten Hamburg
Einlass: 19:00h / Beginn: 20:00h VWK: An allen bekannten Vorverkaufsstellen und unter 040 - 881 411 880

Fliegende Bauten | Lufthansa | Sparda-Bank | FOODS SOLUTIONS | EMA | Hamburg

Ali sowie mit Hosni Mubarak hat die Europäische Union im Verlauf der letzten zehn Jahre bei ihren nordafrikanischen Nachbarn viel von ihrer Glaubwürdigkeit als Wertegemeinschaft eingebüßt. Es sollte daher im Interesse der Union sein, ihren Ruf als verlässlicher Partner auf allen Ebenen zurück zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang legte die Europäische Kommission am 25. Mai 2011 ihr neues Konzept zur europäischen Nachbarschaftspolitik vor. In einer gemeinsamen Mitteilung zur Außen- und Sicherheitspolitik heißt es, man wolle eine „vertiefte Demokratie“ unterstützen, den Handel und die wirtschaftliche Entwicklung fördern und die Kooperation in Bereichen wie Migration, Verkehr und Mobilität verstärken. Am 27. September 2011 wurde das Programm zur „Förderung von Partnerschaft, Reformen und breitenwirksamem Wachstum“ kurz „SPRING“ verabschiedet. Die Initiative sieht eine Gesamthilfe von 350 Millionen Euro für die Jahre 2011 und 2012 vor und soll den demokratischen Wandel, den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Institutionen und einer stabilen Wirtschaft vorantreiben. Darüber hinaus hat die EU im Rahmen der G8 finanzielle Hilfe von 1,24 Milliarden Euro zugesagt. Trotz dieser ambitionierten Ziele bleibt Frau Prof. Dr. Anette Jünemann von der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg hinsichtlich ihrer Umsetzung kritisch. Sie weist auf die heterogene Natur der Europäischen Union hin und erklärt, dass die bisweilen großen Interessenunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten die Umsetzung einer einheitlichen Außenpolitik nahezu unmöglich machten.

Das neue Selbstbewusstsein in Tunesien und Ägypten führe zudem dazu, dass sie nach einer Kooperation auf Augenhöhe strebten, so Frau Dr. Isabel Schäfer, Leiterin der Forschungsgruppe für Internationale Beziehungen und Mittelmeerstudien an der Humboldt-Universität Berlin. Rolle der Europäischen Union sei es, wichtige Reformen in Bildung, Wirtschaft, Justiz und Staatsführung zu unterstützen, ohne den Ländern dabei das Gefühl „europäischer Bevormundung“ zu vermitteln. In diesem Rahmen komme auch den politischen Stiftungen

eine wichtige Rolle zu. Sie hätten bereits in der Vergangenheit bei der Gestaltung zivilgesellschaftlicher Strukturen erfolgreich mit regionalen Partnern zusammengearbeitet und genießen großes Vertrauen.

Vorreiterstaaten Tunesien und Ägypten?

Tunesien und Ägypten nehmen eine wichtige Rolle innerhalb der arabischen Welt ein. Beide Länder haben sich innerhalb weniger Wochen von ihren Diktatoren befreit und den Weg für demokratische und freie Wahlen geebnet.

Der Ausgang der tunesischen Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung wurde in Europa mit Spannung erwartet. Die europäischen Wahlbeobachter stellten erfreut fest, dass die Wahlen friedlich und ohne nennenswerte Unregelmäßigkeiten abliefen. Es bleibt allerdings abzuwarten wie das Wahlergebnis sich auf die Entwicklung Tunesiens und das Verhältnis zur EU auswirken wird. (weiterführende Informationen zu den Wahlen finden Sie auf Seite 52 „Ein EMA-Land wird vorgestellt“, Anm. d. Red.)

In Ägypten wird am 28. November 2011 gewählt und die Chancen auf friedliche und faire Wahlen stehen weitaus schlechter als in Tunesien. Die gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Christen und Muslimen, der Hungerstreik des inhaftierten Bloggers Maikel Nabil und die Verhaftung von ca. 12.000 Zivilisten, die vor dem Militärtribunal angeklagt werden sollen, werfen einen dunklen Schatten über die Parlamentswahlen.

Was auch immer die Wahlen in Tunesien und Ägypten an langfristigen Entwicklungen mit sich bringen, beide Länder erwarten Unterstützung seitens der EU. In Meinungsumfragen brachten Tunesier und Ägypter ihre Angst vor einer schweren Wirtschaftskrise sowie einer sich verschlechternden Sicherheitssituation zum Ausdruck. In Tunesien liegt das geschätzte Wirtschaftswachstum für das Jahr 2011 bei lediglich 0,8 Prozent, in Ägypten bei rund 2 Prozent - das bedeutet für beide Länder ca. 3 Prozent weniger als im Vorjahr. Sollte sich die wirtschaftliche Situation nicht stabilisieren,

stehe der Erfolg der Revolution als Ruf nach Freiheit und Demokratie in Gefahr, so Hajo Lanz von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wo steht Europa?

Europa muss mit finanzieller Hilfe dazu beitragen, dass der gerade erst angestoßene Demokratisierungsprozess nicht von einer wirtschaftlichen Misere erstickt wird. Als wichtigster Handelspartner Tunesiens und Ägyptens kommt der Europäischen Union eine Schlüsselrolle zu. Ein breit angelegtes Wiederaufbauprogramm für Nordafrika scheint in der derzeitigen Situation mangels finanzieller Ressourcen und politischem Willen nicht umsetzbar. Die Vergabe von Mikrokrediten, die Auflegung Existenzgründerfonds für mittelständische Unternehmen sowie die Öffnung der europäischen Märkte für Produkte aus Tunesien und Ägypten können einen Anreiz für die örtlichen Ökonomien darstellen. Während Politiker in Tunesien und Ägypten auf ein schnelles Handeln der EU drängen, befürchten viele EU-Politiker, dass Hilfgelder in der derzeit unklaren politischen Situation in die falschen Kanäle fließen und mahnen vor voreiligem Aktionismus. Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Tunesien und Ägypten ist allerdings Voraussetzung für ihre Transformation hin zu demokratischen Staaten und die Europäer dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.



NELE FELDMANN
hat an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Übersetzen für Arabisch und Französisch mit dem Schwerpunkt Politische

Wissenschaften studiert. Nachdem sie die letzten zwei Jahre in Syrien gelebt und gearbeitet hat, ist sie derzeit für den Bereich Marketing und PR bei dem Onlinemagazin „Arabic Women’s eNews“ verantwortlich.